

0

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 132

## Werden die Armen ärmer und die Reichen reicher?

von Anton Rauscher

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

In der seit geraumer Zeit geführten Diskussion über Armut lautet eine zugespitzte These: Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher. Diese Aussage stellt darauf ab, daß der Abstand und die Kluft zwischen reich und arm immer weiter zunehmen. Je größer der Reichtum auf der einen, desto drückender ist die Armut auf der anderen Seite unserer Wohlstandsgesellschaft. Die wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Literatur zu dieser Thematik ist in den letzten Jahren stark angewachsen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Zeit des Wiederaufbaus und des wirtschaftlichen Wachstums waren in Deutschland viele Menschen arm. Die karitativen und staatlichen Einrichtungen hatten alle Hände voll zu tun, um den Menschen zu helfen, die alles verloren hatten, die arbeitslos waren, die aus der Gefangenschaft oder als Flüchtlinge zu uns gekommen waren. Gewiß gab es ideologische Frontstellungen vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Zwischen den politischen Parteien bestanden scharfe Gegensätze. Die einen wollten mehr Markt und weniger Staat, die anderen das gerade Gegenteil. Der Streit verlor an Bedeutung, je mehr die Soziale Marktwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Diensten in einem bisher nicht gekannten Umfang gewährleistete und den Ausbau des Systems der sozialen Sicherung ermöglichte.

Auch als in den sechziger Jahren mehr und mehr das Verhältnis der Industrieländer zu den Entwicklungsländern in den Blick kam und die Verpflichtung zur Solidarität gefordert wurde, bestimmte nicht der Begriff Armut die Diskussion, weil man im Zuge der damaligen Fortschrittsgläubigkeit und der Wachstumseuphorie davon überzeugt war, in kurzer Zeit könne und müsse es gelingen, die bestehende Armut zu überwinden und die Entwicklungsländer zu Partnern der Industriestaaten zu befördern. Auch bei der kulturevolutionären Bewegung von 1968 ging es nicht um Armut, sondern um die neomarxistischen Schlagworte Entfremdung, Repression, Spätkapitalismus. In einem ganz anderen Sinne wurde Anfang der siebziger Jahre über die „öffentliche Armut“ und den „privaten Reichtum“ diskutiert.

Der Ölschock von 1973 markiert einen Wendepunkt. Die nicht mehr in derselben Höhe anfallenden jährlichen Zuwächse des Bruttosozialprodukts mußten über kurz oder lang zu Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Einkommensverteilung, bei den Sozialversicherungsträgern, bei den Steuern und damit auch bei den staatlichen sozialen Leistungen führen. Die Schwierigkeiten, die seit der Mitte der siebziger Jahre hervortraten, wurden jedoch nicht unter dem Stichwort Armut oder Neue Armut diskutiert, vielmehr sprach Heiner Geißler von der „Neuen Sozialen Frage“, als die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die bis 1970 immer unter 1,5 Millionen gelegen hatte, 1975 erstmals die Zweimillionengrenze überschritt. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich damals auf die soge-

nannten Randgruppen, wobei Geißler das Verdienst zukommt, schon damals auf die schwierige Lage der Familie aufmerksam gemacht zu haben, die bei der Ausweitung der sozialen Leistungen nicht berücksichtigt worden war und die, wenn sie kinderreich und nur ein Elternteil erwerbstätig war, in nicht wenigen Fällen unter die Grenze der Sozialhilfe-Regelsätze geriet.

Eine größere Rolle spielte der Begriff Armut in der Diskussion über die Neuordnung der Beziehungen zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern („Neue Weltwirtschaftsordnung“), die in den siebziger Jahren verstärkt einsetzte. Dabei tauchte auch die Formulierung auf: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Darin spiegelte sich die Enttäuschung darüber, daß es in den Jahren des rasanten wirtschaftlichen Wachstums nicht gelungen war, das Ziel, die Entwicklungsländer zu Partnern der Industrieländer zu machen, auch nur annähernd zu erreichen. Jetzt, wo die eigenen Probleme auf verschiedenen Feldern wieder in den Vordergrund rückten, nahm die Bereitschaft der Industrieländer zur solidarischen Hilfeleistung spürbar ab. Schon in den guten Jahren hatten die meisten Industrieländer die von den Vereinten Nationen erwarteten 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für (staatliche) Entwicklungszwecke nicht aufgebracht.

Die Diskussion über Armut erreichte eine neue Qualität, als in fast allen Industrieländern einerseits die Arbeitslosigkeit wuchs und die Zahl jener Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, stark zunahm, als andererseits das Übel der Staatsverschuldung nicht mehr weggeleugnet werden konnte und die Regierungen darauf bedacht sein mußten, die öffentlichen Ausgaben in ein tragfähiges Verhältnis zu den Einnahmen zu bringen.

### **Die Diskussion über die „Neue Armut“**

Ist dadurch jener Prozeß in Gang gekommen bzw. verstärkt worden, der bewirkt, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Diese Formulierung will ja nicht einen Zustand beschreiben, sondern die Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Lebensverhältnisse. Verläuft sie so, daß die Chancen der Reichen und Wohlhabenden immer mehr wachsen, wohingegen diejenigen der Armen ständig geringer werden? Geht es den Reichen immer besser, den Armen jedoch immer schlechter? Wird der Sozialstaat auf dem Rücken der Schwächeren saniert? Ist womöglich der steigende Reichtum der einen die Ursache für die sich ausbreitende Armut der anderen?

In besonderer Weise entzündet sich die Diskussion über die Kluft zwischen Reich und Arm an dem Phänomen, daß in den hochindustrialisierten Ländern Nordamerikas und Europas seit geraumer Zeit von wirt-

schaftlicher Erholung, von Aufschwung und neuem Wachstum die Rede ist, daß aber zur gleichen Zeit die Zahl der Menschen ansteigt, die „arm“ sind oder als solche eingestuft werden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sei dieser Prozeß zu beobachten. Das Wirtschaftswachstum habe sich seit dem Amtsantritt von Präsident Reagan von 0,3 Prozent im Jahr 1980 auf 7 Prozent im Jahr 1984 erhöht. Die Inflationsrate fiel von 13,5 auf 3,3 Prozent. Aufsehenerregend seien auch die Erfolge am Arbeitsmarkt, weil seit 1980 ohne öffentliche Beschäftigungsprogramme die Zahl der Beschäftigten enorm zunahm und etwa 15 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden sind. Die Arbeitslosigkeit ging auf etwa 7 Prozent zurück, wobei man bedenken muß, daß in den USA der Anteil der berufstätigen Frauen höher als in den meisten anderen Ländern mit freiheitlicher Ordnung ist. Im Gegensatz zu diesen positiven Tatbeständen stehen die Meldungen über Hunger und Armut in den USA. 35,3 Millionen Menschen, also 15,2 Prozent der Bevölkerung, leben unterhalb der offiziell definierten Armutsschwelle. Diese liegt zur Zeit für einen 4-Personen-Haushalt bei 10 178 US-Dollar im Jahr oder 190 US-Dollar wöchentlich. Bahnt sich eine neue Polarisierung der Gesellschaft an, in die größere Gruppe derjenigen, die am Wirtschaftswachstum teilhaben, und in die kleinere Gruppe derjenigen, die immer mehr unter die Räder zu kommen drohen? In diesem Zusammenhang wird auch auf den Entwurf des Hirtenbriefes über „Die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft“ hingewiesen, in dem sich die amerikanischen Bischöfe mit dem Problem der Armut besonders auseinandersetzen.

Zeichnet sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht eine ähnliche Entwicklung wie in den USA ab? Die wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre können sich sehen lassen. Die Staatsverschuldung konnte begrenzt werden, und zwar beim Bund, bei den Ländern, am meisten bei den Kommunen, die ihre investiven Ausgaben stark zurückschraubten. Der Umstrukturierungsprozeß in der Wirtschaft ist im vollen Gange. Das Bruttosozialprodukt wächst wieder. Die Realeinkommen steigen. Die Inflation ist beseitigt. Auch die Zahl der Beschäftigten nimmt kräftig zu. Wie aber sieht es im sozialen Bereich aus? Trifft es zu, daß unsere Gesellschaft, wie Gerd Muhr es auf dem 8. Konrad-Adenauer-Hausgespräch am 12. Dezember 1985 formulierte, „in Gefahr ist, die Schwächeren durch Ausgrenzung, Sozialabbau und eine von Politikern angeheizte Leistungs- und Eliteideologie ins gesellschaftliche Abseits zu drängen“?

### **Wird am falschen Ort gespart?**

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den reichen Industrienationen. Das Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte lag 1983 bei

40 370 DM. Jedem Haushaltsmitglied standen 16 541 DM für den Lebensunterhalt zur Verfügung. Dieses Bild wird anders, wenn man die Haushalte betrachtet, die von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe leben müssen: Sie verfügen durchschnittlich nur über 20 518 DM, pro Haushaltsmitglied sind es 8200 DM. Dabei beziehen von den gegenwärtig 2,3 Millionen Arbeitslosen 35 Prozent Arbeitslosengeld, also 63 Prozent des vorherigen Netto-Arbeitsentgelts, 27 Prozent erhalten Arbeitslosenhilfe und 38 Prozent bekommen keine Arbeitslosenunterstützung, so daß sie entweder auf Sozialhilfe oder auf ihre Familie angewiesen sind.

Für diese Entwicklung wird vor allem das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz, das noch unter der Regierung Schmidt am 1. Januar 1982 in Kraft trat, verantwortlich gemacht. Ziel dieses Gesetzes war es, das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit, das im Jahre 1981 die Höhe von 8,3 Milliarden DM erreicht hatte, zu verringern. Die Voraussetzungen und Grenzen für den Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe wurden neu abgesteckt. Eine weitere Verschärfung brachte das Haushaltsbegleitgesetz der neuen Regierung vom 1. Januar 1983, das die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld kürzte und Anwartschaftszeiten verlängerte. Mit diesen Maßnahmen konnten zwar die Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit in Grenzen gehalten werden (im Jahre 1983 betragen sie nur noch 3 Milliarden DM); für Wolf-Dieter Just aber ist dies ein Beispiel dafür, wie „erfolgreich“ der Staat auf Kosten der Arbeitslosen gespart hat. Ist die Sanierung der öffentlichen Kassen, die zu einem Teil durch die Kürzungen und Einschränkungen der Leistungen für Arbeitslose erfolgte, nicht ein Beweis für die These, daß die Reichen reicher, die Armen aber ärmer geworden sind?

Diese Argumentation spitzt sich noch zu im Hinblick auf die Entwicklungen im Bereich der Sozialhilfe. Als das Bundessozialhilfegesetz im Jahre 1961 verabschiedet wurde, war dies als ein letztes soziales Netz gedacht, das Armut und Elend überwinden sollte. Damals – die Wiederaufbauphase war abgeschlossen und das deutsche „Wirtschaftswunder“ wurde von allen bestaunt – galt Armut als ein Problem kleiner „Randgruppen“ der Gesellschaft, wie es die Soziologen definierten. Darunter fielen die Arbeitsscheuen, die Lernunwilligen, die Leistungsbehinderten, sozusagen die Fußkranken der Gesellschaft. Die Sozialhilfe sollte den Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, kein ausreichendes Einkommen erzielen, das soziale Existenzminimum gewähren, eine „bedarfsgerechte Mindestversorgung“ sichern, wie Wolfgang Vogt es heute formuliert.

Wie aber hat sich die Gruppe der Sozialhilfeempfänger entwickelt und verändert? Die Statistik weist für die ersten Jahre der Anwendung des Gesetzes 1,4 bis 1,491 Millionen oder 24 Personen auf 1000 Einwohner aus. 1975 gab es eine sprunghafte Erhöhung auf 2,049 Millionen oder 33 Personen auf 1000 Einwohner. Dies hing auch mit der relativen Verschlechterung der Lebenslage der Familien zusammen, weil die Kin-

derfreibeträge ersatzlos gestrichen wurden und erst 1980 ein gewisser Ausgleich durch die spürbare Anhebung der Kindergeldsätze erfolgte. Einen weiteren Einschnitt gab es 1982, als die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 2,083 (1981) auf 2,320 Millionen anstieg. Ein Jahr später erhielten 2,437 Millionen Sozialhilfe, davon 1,726 Millionen Hilfe zum Lebensunterhalt und 1,016 Millionen Hilfe in besonderen Lebenslagen. In diesen Zahlen schlägt sich nieder, daß in den letzten Jahren in wachsendem Maße Arbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen sind. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg hat ermittelt, daß 1982 160 000 Haushalte von Arbeitslosen Sozialhilfe erhalten haben, das sind 17,4 Prozent aller Sozialhilfeempfänger. Bei diesen Arbeitslosen ist das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe so gering, daß das Sozialamt die Differenz bis zum Regelsatz der Sozialhilfe ausgleichen muß. Insgesamt sind die Ausgaben für die Sozialhilfe von 5,656 Milliarden DM im Jahre 1973 über 11,349 (1978), 13,266 (1980), 16,329 (1982) auf 17,570 Milliarden DM im Jahre 1983 gestiegen mit weiter zunehmender Tendenz. Zu den Sozialhilfeempfängern gehören mithin Familien und Arbeitslose, die nicht zu den „Randgruppen“ der Gesellschaft zu rechnen sind. Mit Arbeitslosigkeit ist für die von diesem Übel betroffenen Menschen eine Einschränkung ihrer Lebensmöglichkeiten verbunden. Arbeitnehmerfamilien mit einem durchschnittlichen Einkommen sinken bei Arbeitslosigkeit schnell unter jene Armutsgrenze, die die Sozialhilfesätze bilden. Um nochmals Gerd Muhr zu zitieren: „Sozialer Abstieg und Verarmung beziehen sich folglich nicht mehr nur auf soziale Minoritäten, sondern bedrohen gleichfalls Arbeitnehmer, die über scheinbar stabile Beschäftigungs- und Einkommenspositionen verfügen. Das Verarmungsrisiko ist dabei um so größer, je niedriger Qualifikationsniveau und Erwerbseinkommen sind und je häufiger der Wechsel von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit ist.“

Die Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialhilfe, die inzwischen weitgehend wieder zurückgenommen wurden, lieferten zusätzlichen Zündstoff. Neben der Tatsache, daß die Sozialhilfesätze von 1974 bis 1982 real nahezu konstant geblieben sind, müssen hier die Einschnitte genannt werden, die 1982 auf Drängen der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesländer von der sozialliberalen Koalition beschlossen wurden: Die Erhöhung der Regelsätze nach dem Bundessozialhilfegesetz wurde von der allgemeinen Preissteigerungsrate abgekoppelt. Durch das Haushaltsbegleitgesetz der neuen Regierung wurden 1983 die Regelsätze noch weiter herabgesetzt und die Anpassung um ein halbes Jahr verschoben. Sie betrug 1 Prozent, wohingegen die Preissteigerungsrate damals noch bei 3,5 Prozent lag. Die bundesdurchschnittlichen Regelsätze für Haushaltsvorstände für die Hilfe zum Lebensunterhalt stiegen von 107 DM im Jahr 1962 auf 345 DM im Jahr 1983. Allerdings blieb das Leistungsniveau der Sozialhilfe hinter den Anpassungsraten der anderen Soziallei-

stungen zurück. Die Sozialhilfe lag 1984 real geringfügig unter dem Niveau von 1975. Auch im Hinblick auf die Sozialhilfe entsteht die Frage, ob die öffentlichen Kassen – in diesem Fall sind es die Kommunen – durch Kürzungen und Einschränkungen bei denen saniert werden, die zu den vom Wirtschaftswachstum nicht Begünstigten gehören.

### **Armut im Nord-Süd-Gefälle**

Was schließlich das Verhältnis zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern angeht, so ist ebenfalls der Abstand, wenn man das Pro-Kopf-Einkommen zugrundelegt, nicht kleiner, sondern größer geworden, und zwar sowohl absolut als auch relativ. Zwar ist zwischen 1960 und 1977 das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Durchschnitt der Entwicklungsländer höher gewesen als im Durchschnitt der Industrieländer. Dieser Vorteil ist aber durch das kräftige Bevölkerungswachstum mehr als wett gemacht worden. Die Verteuerung des Öls hat zwar einige Länder wie Venezuela, Mexiko, Nigeria, Algerien begünstigt, für die meisten Entwicklungsländer jedoch wuchsen die Schulden in astronomische Höhen.

Hinzukam die Rezession der Wirtschaft in den Industrieländern zu Beginn der achtziger Jahre, die wiederum die Entwicklungsländer hart traf. Armut und Elend, fehlende Beschäftigung, Wohnungsnot, hohe Inflationsraten, Verschuldungskrisen, defizitärer Außenhandel, all dies gab Anlaß zu der düsteren Prognose im Bericht der Nord-Süd-Kommission im Jahre 1980. Nach Schätzungen der Weltbank ist das Bruttosozialprodukt Lateinamerikas zwischen 1980 und 1982 um 3,6 Prozent gesunken. Auch die afrikanischen Länder mit niedrigen Einkommen haben schwer gelitten.

Werden also die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer? Die genannten Tatbestände legen eine solche Schlußfolgerung nahe, wobei ein Unterschied nur darin besteht, daß die Armen in den Industrieländern eine verhältnismäßig kleine Gruppe darstellen, während auf Weltebene die Armen in den Entwicklungsländern die große Mehrheit bilden. Die Frage ist jedoch, ob bei dieser Einteilung in Reiche und Arme die Wirklichkeit nicht in ein Schema gepreßt wird, das die wirklichen Probleme eher verdeckt als in den Blickpunkt rückt. Die Ermittlung sachgerechter Bestimmungsgrößen für die Analyse und Bekämpfung der Probleme sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ist unerläßlich, wenn wir den Armen wirksam zu Hilfe kommen wollen.

An erster Stelle sei hier das Problem der Statistik und der Durchschnittsgrößen angesprochen. Man muß es begrüßen, daß die Weltbank bei der Situationserfassung in ihrem Weltentwicklungsbericht 1984 erstmals eine Differenzierung der Länder im Hinblick auf das Bruttosozialprodukt pro



Kopf vorgenommen hat. Es wurden fünf Gruppen gebildet. Zu den armen Ländern, die nur ein Einkommen von 80 bis 390 US-Dollar im Jahr erwirtschaften, gehören die meisten Länder der Sahelzone in Afrika, ebenso Indien, Pakistan und China. Dann folgt die „Untere Gruppe“ von 440 bis 1600 US-Dollar, zu denen Länder wie der Sudan, Ägypten, Nigeria, Thailand, Peru oder die Türkei zählen. Die „Obere Gruppe“ von 1680 bis 6840 US-Dollar umfaßt Länder wie Jordanien, Korea, Chile, Portugal, Argentinien, Südafrika, Venezuela, Griechenland. Die Industrieländer erzielen ein Einkommen zwischen 5150 und 17010 US-Dollar. Die Ölexporteure schließlich von 6090 bis 23 770 US-Dollar, wobei der inzwischen eingetretene Verfall der Ölpreise die Bezugsbasis stark verändert hat.

Auch wenn diese Einteilung immer noch sehr grobflächig ist und innerhalb der einzelnen Gruppen zum Teil gewaltige Abstände aufweist, so zeigt sie doch viel schärfer als globale Pro-Kopf-Angaben, wo die Probleme der Armut im Bereich der Entwicklungsländer liegen. Die Differenzierung ist die Voraussetzung dafür, daß den wirklich Armen geholfen werden kann. Der Vergleich von Durchschnittseinkommen in Industrienationen und in Entwicklungsländern ist nicht hilfreich und verdeckt eher die Probleme. Statistiken und Durchschnittszahlen bieten, wenn sie sorgfältig erarbeitet sind, wichtige Erkenntniselemente, aber sie erfassen nicht in der erforderlichen Weise die vielschichtige Wirklichkeit und können deshalb auch nach verschiedenen Richtungen hin interpretiert werden. Die Maxime „Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer“, bezogen auf die Einkommensentwicklung in den Industrienationen und in den Entwicklungsländern, ist zwar nicht falsch, aber sie ist wenig aussagefähig. Ebenso wenig wie die Entwicklungsländer über einen Leisten geschlagen werden können, ist dies auch für die Industrienationen nicht zulässig. Wer den armen Entwicklungsländern helfen will, der muß differenzieren.

### **Leichtfertiger Umgang mit Zahlen**

Wie leichtfertig bisweilen mit Zahlen umgegangen wird, kann man an dem Artikel „Klassengesellschaft neuer Art?“ in dem Wochenblatt „Die Zeit“ vom 24. Mai 1985 sehen. „Seit einigen Jahren“, heißt es da, „hat das Bild des Elends und der Verwahrlosung neue Farbtupfer bekommen – durch die Arbeitslosen, die sich mehr und mehr unter das Publikum der Sozialämter mischen.“ Dann werden einige konkrete Fälle angeführt, darunter auch der folgende: „Da sind zum Beispiel Klaus und Eva B. 25 und 24 Jahre alt. Die beiden leben zusammen mit ihren Kindern, dem sechsjährigen Stephan und dem 18 Monate alten Andreas, in zwei winzigen Zimmern eines städtischen Hauses für Obdachlose in Baden-Württemberg.“

Die Toilette liegt außerhalb der Wohnung, ein Bad gibt es nicht. Der Vater ist seit zwei Jahren arbeitslos. Ihre Situation ist hoffnungslos. Klaus B. hat es aufgegeben, Arbeit zu finden. Seine beruflichen Erfahrungen seien zu dürftig, haben ihm Unternehmer oft genug gesagt. Überdies hat der Sonderschüler, der einst als Maler gearbeitet hat, den Job häufig gewechselt, weil er immer wieder mit seinem Chef Streit bekam. Die Familie lebt also von der Sozialhilfe. 362,12 Mark bekommt sie alle vierzehn Tage ausbezahlt. Das Geld ist meist schon innerhalb weniger Stunden ausgegeben, für Brot und Nudeln, Waschpulver und Seife. Fleisch und Wurst kommen, wie bei vielen Sozialhilfeempfängern, so gut wie gar nicht auf den Tisch. Die vier leben buchstäblich von der Hand in den Mund.“ Dann wird hinzugefügt: „Millionen Bürger der wohlhabenden Bundesrepublik leben nicht viel anders, viele von ihnen beziehen nicht einmal Sozialhilfe.“

Wer einen solchen Artikel liest, den kann eigentlich nur der Zorn über so viel Ungerechtigkeit überkommen. Da wird zwar auch der Sonderschüler erwähnt, der häufig den Job wechselte und immer Streit mit dem Chef bekam, entscheidend ist aber die Feststellung: 362,12 Mark Sozialhilfe alle zwei Wochen für diese Familie mit vier Personen. Und das mitten in unserer Wohlstandsgesellschaft! Leider erfährt der Leser in dem ganzen Artikel nicht, daß die Familie, ob nun die Eltern verheiratet sind oder nicht, Anspruch hat nicht nur auf den Regelsatz für den Haushaltsvorstand und einen Haushaltsangehörigen über 22 Jahre, sondern auch auf Regelsätze für die beiden Kinder und auf andere Leistungen wie z. B. „Wohngeld“. Sicherlich deckt die Sozialhilfe nur den Mindestbedarf, auch nachdem die Regelsätze Mitte 1985 angehoben wurden. Aber der „Mindestbedarf“ liegt, wenn alle Leistungen zusammengenommen werden, in dem genannten Beispiel bei 1707 DM im Monat. Daß dieser „Mindestbedarf“ nicht zu schmal bemessen ist, dafür spricht die Tatsache, daß in den siebziger Jahren fast ein Drittel der Familien mit nur einem Einkommensbezieher unter die Grenze der damaligen Sozialhilfesätze abgesunken war. Dabei wird in dem Artikel der Eindruck erweckt, als ob der geschilderte Tatbestand auf viele Sozialhilfeempfänger, auf „Millionen Bürger“ zutrefte. Dies läuft darauf hinaus, nicht nur die Sozialhilfe in einem fragwürdigen Licht erscheinen zu lassen, so als ob derjenige, der sie empfängt, in Armut und Elend leben müßte, sondern die Gesellschaft als solche zu diskreditieren. Die Überfluß-Gesellschaft speist sozusagen die Armen mit den Brosamen ab, die vom Tisch des Herrn herabfallen, um an ein Wort im Neuen Testament zu erinnern. Auf diese Weise soll das Bild der Ellbogen-Gesellschaft entstehen, in der weder Gerechtigkeit noch Solidarität und Liebe herrschen.

Nun könnte man sagen: Derjenige, der Sozialhilfe erhält, wird notgedrungen immer „ärmer“, weil die Regelsätze am Mindestbedarf ausgerichtet sind und nicht am wirtschaftlichen Wachstum wie z. B. die dynamische

Rente. Hier aber liegt die Grenze zwischen den Einkommen aus Arbeit und denen aus Sozialhilfe. Die Sozialhilfe ist am Mindestbedarf orientiert, der garantieren soll, daß der Empfänger nicht „in Armut“ leben muß. „Ärmer“ würde er nur, wenn er weniger als den Mindestbedarf bekäme.

### **Armut als ideologisches Kampfmittel**

Problematisch wird eigentlich die Sache dort, wo Armut für ideologische Zwecke ausgebeutet wird. Man gibt sich „humanitär“ und will im Grunde das bestehende System anklagen. Man spricht zwar nicht mehr von Ausbeutung und Entfremdung, sondern von Armut und Elend, von Verarmung. Man erweckt stillschweigend oder auch offen den Eindruck, daß das „System“ zwar nicht mehr wie zu Zeiten von Karl Marx nur einer Minderheit, sondern durchaus der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommt, daß aber eine Minderheit, die obendrein ständig wachse – manche reden sogar von einem Drittel der Bevölkerung –, vom „System“ dazu verurteilt sei, in Armut und Elend zu leben.

In dieser Perspektive gerät „Armut“ zu einem Instrument des Protestes gegen die Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft, zu einem Hebel, um das System aus den Angeln heben zu können. Dabei bedient man sich einer höchst zweifelhaften Methode. Man wählt ein Beispiel aus, an dem das Problem „Armut“ besonders offenkundig wird. Dann wird versucht, aus dem einzelnen Fall einen typischen Fall zu machen und ihn zu generalisieren. Auf diese Weise soll die Kritik an der Armut zur Kritik am System werden. Dies ist eine Methode, die wenig mit wissenschaftlichem Anspruch, dafür aber um so mehr mit ideologischer Einseitigkeit zu tun hat und ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit wiedergibt. Auch im kirchlichen Bereich gibt es Leute, die diese „Methode“ beherrschen.

Man unterscheidet nicht mehr die gesellschaftlichen Strukturen und die persönlichen Lebensverhältnisse; man fragt nicht nach den Ursachen, die konkret Armut bewirken. Schon eine solche Fragestellung hält man für falsch, weil sie einen hindere, die „wahren“ Ursachen zu erkennen, die „wirklichen“ Zusammenhänge zu durchhauen, die bewirken, daß die einen im Reichtum schwelgen, daß die andern in Armut darben. Und auch über die Arbeit, die doch immer noch die Primärursache für den Wohlstand der Menschen ist, hört man in diesem Zusammenhang wenig.

Die Gesellschaft erscheint in dieser Betrachtungsweise als eine Art neuer Klassengesellschaft, hier die „Reichen“, da die „Armen“. Man verschweigt bzw. will es nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Wirklichkeit eine ganz andere ist, daß die Großzahl der Menschen ihrer Arbeit den Wohlstand verdankt, daß die Einteilung in „Reiche“ und „Arme“ in eine selbst konstruierte Sackgasse führt, weil man das wirkliche Problem „Armut“ gar nicht in den Griff bekommt. Auch die Formel „Die Reichen

werden immer reicher und die Armen immer ärmer“ eignet sich als Neid-Maxime für den Klassenkampf, aber nicht als ein Analyse-Instrument.

### **Armut – nicht nur eine Frage von sozialen Leistungen**

Was Statistiken und Durchschnittswerte nicht erfassen können, ist die konkrete Situation des armen Menschen. In diesem Zusammenhang interessiert besonders die Frage, ob „Armut“ mehr ein sozialer oder mehr ein individueller Tatbestand ist, allerdings bezogen auf die jeweiligen Lebensmöglichkeiten in einer Gesellschaft. Daß es sich bei der Armut um einen individuellen und nicht um einen sozialen Tatbestand handelt, darauf deutet hin, daß sich die Menschen gegen Armut nicht sichern, auch nicht versichern können, weder privat noch sozial. Während es sich bei Krankheit, Alter, Invalidität oder Arbeitslosigkeit um allgemeine Risiken handelt, die jeden treffen können und die sozial abgedeckt werden müssen, ist dies bei der Armut anders. Die Sozialhilfe ist deshalb auch von anderer Qualität als die genannten Sozialversicherungen.

Um den Rechtsanspruch auf Sozialhilfe geltend zu machen, genügt es auch nicht zu sagen, man beziehe ein Erwerbs- oder Renteneinkommen, das die öffentlich festgelegten Regelsätze der Sozialhilfe nicht erreicht. Vielmehr muß der Betreffende seine gesamten Einkommens- und Lebensverhältnisse offenlegen, ob er noch über andere Einkommensquellen wie ein Sparbuch, Mieteinnahmen, eine Erbschaft usw. verfügt oder ob er Verwandte in gerader Linie hat, die ihm zu helfen verpflichtet sind. Auch hier wird deutlich, daß die Voraussetzungen und Bedingungen für Sozialhilfe auf die konkrete Situation des hilfebedürftigen Menschen abstellen.

Daß Armut auf den konkreten Menschen hin gesehen werden muß, dies ergibt sich auch aus dem Umstand, daß Armut nicht mit einer bestimmten Schicht der Bevölkerung verbunden ist. So wie sich immer wieder Menschen aus der Armut oder ärmlichen Verhältnissen hocharbeiten, so gibt es auch die Fälle, daß Menschen, die bisher in geordneten, ja in wohlhabenden Verhältnissen lebten, aus welchen Gründen auch immer ihren Lebensstandard verlieren und der Gemeinschaft zur Last fallen. Die Verarmung ist dann in der Regel im persönlichen Schicksal begründet. Eine gewisse Bestätigung findet diese These durch einen Tatbestand, der in unserer Gesellschaft noch gar nicht richtig zur Kenntnis genommen wurde. Die Zunahme der Sozialhilfeempfänger seit 1980 ist nämlich nicht nur auf die gestiegene Zahl von Arbeitslosen zurückzuführen, sondern zu einem erheblichen Teil auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Ehescheidungen. Die Statistik gibt darüber Aufschluß, daß die Zahl derer, die geschieden wurden und nunmehr auf Sozialhilfe angewiesen sind, von 56 000 im Jahre 1978 auf 135 000 Personen im Jahre 1983

angestiegen ist. Leider hat sich unsere Gesellschaft viel zu wenig mit dem Problem auseinandergesetzt, ob die Aufrechterhaltung der Ehe Privatsache ist, die Folgen der Scheidung aber sozialisiert werden können. Handelt es sich bei diesen Fällen, in denen also Menschen wegen Ehescheidung auf Sozialhilfe angewiesen sind, um einen Prozeß der Verarmung? Jedenfalls kann mit sozialen Leistungen der Gesellschaft allein weder die Lage der Bedürftigen verändert noch verhindert werden, daß Menschen, die bisher zu den „Wohlhabenden“ zählten, zu Sozialhilfeempfängern werden.

Nun hat sich in Staaten mit ausgebautem Sozialleistungssystem ein Denken breit gemacht, als ob für alle Wechselfälle des Lebens, auch für die Armut, die Gesellschaft zuständig wäre. Unter diesen Umständen neigt man zu der Auffassung, alle Probleme seien im Kern „Geldprobleme“, „Einkommensprobleme“, die die Gesellschaft mit entsprechenden sozialen Leistungen lösen könne. Auch die Armut erscheint nicht mehr als konkrete Notsituation des einzelnen, sondern als Risikofall, für den hauptsächlich die Gesellschaft aufzukommen habe.

In dieser Betrachtungsweise wird jedoch meist übersehen, daß z. B. Arbeitslosenhilfe oder auch Sozialhilfe sich anders auswirkt, je nach dem ob der Betreffende völlig auf sich allein gestellt ist, oder ob er noch Anschluß an die Familie hat. Wir wissen, daß das Schicksal der Arbeitslosigkeit weit besser verkraftet werden kann, wenn der Betroffene in der Familie Hilfe und auch Zuwendung erfährt. In Ländern wie Italien oder Frankreich, in denen die Arbeitslosenunterstützung und die Sozialhilfe erheblich niedriger sind als in der Bundesrepublik Deutschland, ist die Familie nach wie vor ein wichtiges Auffangbecken.

Meine These ist: Wirklich arm sind diejenigen Menschen, die nicht über das notwendige Einkommen verfügen, die zugleich ohne Anschluß, ohne Bindungen da stehen. Mit der Sozialhilfe als gesellschaftlicher Leistung ist die Armut noch keineswegs in dem erforderlichen Umfang überwunden. In all den Fällen, wo noch familiäre Bindungen bestehen, sollen und müssen sie aktiviert werden, nicht, um die Sozialhilfe auf die Familien abzuschieben, wohl aber, um den Bedürftigen aus seiner Isolation zu befreien und ihm Geborgenheit zu vermitteln. Für Menschen, die keine familiären Bindungen mehr haben, sollten hier die Pfarrgemeinden einspringen. Armut läßt sich nicht allein durch sozialstaatliche Leistungen auffangen.

### **Wo liegt die Grenze zwischen Arm und Reich?**

Gibt es eine einigermaßen bestimmbare Grenzlinie in der Gesellschaft zwischen Reichtum und Armut? Die These, wonach die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, unterstellt diese Möglichkeit. Nun sind die

Kategorien „Arm“ und „Reich“ ohne Zweifel Topoi in der Heiligen Schrift und in der ganzen christlichen Tradition. Die Reichen und Wohlhabenden haben die schwere Verpflichtung, den Armen und Bedürftigen mitzuteilen. Das Christentum hat von Beginn an das „Mitteilen“ als Ausfluß der Nächstenliebe eingeschärft. Die Christen wurden ermahnt, „freigiebig“ mitzuteilen, so, daß die rechte Hand nicht wissen sollte, was die linke tat.

Wer aber sind die „Reichen“, wer sind die „Armen“? Am ehesten würde sich diese Frage beantworten lassen, wenn die Gesellschaft aus einer breiten Mittelschicht besteht, an deren einem Ende dann die „Reichen“, an deren entgegengesetztem Ende die „Armen“ wären. Schwieriger ist es, die Grenzlinie zu finden zwischen dem einen Teil der Gesellschaft, der „reich“ ist, und dem andern Teil, der „arm“ ist. Ist etwa derjenige, der mehr als die in der Sozialhilfe festgelegten Regelsätze verdient, bereits „reich“? Oder sind zwei Eheleute reich, die beide arbeiten und über ein Nettoeinkommen von 4000 DM verfügen? Wenn man die kritischen Artikel und Berichte in der Literatur und in den Zeitungen durchgeht, dann wird „Reichtum“ gewöhnlich auf die „Großverdiener“ bezogen, die den Spitzensteuersatz zahlen. Wozu gehören dann aber die Nicht-Großverdiener? Ist ein leitender Angestellter oder ein Oberstudienrat „arm“? Man muß „offiziell“ Grenzen der Arbeitslosenhilfe, der Sozialhilfe festlegen, wie man auch die Grenze ziehen muß, wer als Schwerbehinderter in der Gesellschaft anerkannt wird. Aber derartige Festlegungen sagen noch nicht viel aus über den konkreten Fall und sie geben auch nicht unbedingt Aufschluß darüber, wo die Armut beginnt und wo sie aufhört.

Gerd Muhr ist sich durchaus dieser Schwierigkeit bewußt, wenn er sagt: „Das reale Leistungsniveau der Sozialhilfe war in der ersten Hälfte der siebziger Jahre als Folge der Neufestsetzung des Warenkorb gestiegen. Die Kaufkraft der Sozialhilferegelsätze stieg. Parallel zu den damaligen Leistungsverbesserungen in der Sozialhilfe und damit der realen Anhebung der Armutsgrenze war die Zahl der Sozialhilfeempfänger gestiegen, lag ab 1974–75 mit rund 2 Millionen Menschen deutlich unter dem heutigen Niveau.“ Was heißt „Anhebung der Armutsgrenze“? Wird jemand deswegen „arm“, weil er infolge der Anhebung der Armutsgrenze nunmehr sozialhilfeberechtigt ist? Und bedeutet jede, auch die kleinste Herabsetzung der offiziellen Armutsgrenze bereits den Prozeß der „Verarmung“, daß also die Armen ärmer werden?

Das christlich-soziale Denken hat sich immer gegen den Versuch von Adam Smith und der Klassiker gewandt, aus der Wirtschaft, die die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen versorgen soll, eine Reichumslehre zu machen, wie möglichst viele Menschen „reich“ werden können, und zwar möglichst schnell. Eine gut gehende Wirtschaft ist eigentlich genau das Gegenteil von „Reichtum“. Reichtum stellt nämlich auf den Konsum ab, auf die Güter und Dienste, die man sich leisten kann,

auf Luxusvillen usf.; Reichtum geht in die Richtung von unbeschwertem Leben, von Genuß und auch Verschwendung. Wirtschaft hingegen zielt ab auf die Produktion von Gütern und die Bereitstellung von Dienstleistungen; es geht also um den Einsatz der Arbeit von Menschen unter Zuhilfenahme von Produktionsmitteln, um die Versorgung der Bürger im Staat auf möglichst gutem Niveau zu gewährleisten. Der bisweilen demonstrativ zur Schau getragene „Reichtum“ hat mit „Wirtschaft“ wenig zu tun.

Wenn die Kirche erklärt, sie stehe auf der Seite der Armen und Notleidenden, dann bedeutet dies nicht, wie manche meinen, als ob das Gegenstück dazu „die Wirtschaft“ wäre. Im Gegenteil: Wer an der Seite der Armen stehen will, der muß um eine möglichst gute und effiziente Wirtschaft besorgt sein. Leider fällt es manchmal den Christen schwer, diese Zusammenhänge zu begreifen. Die Sozialethik würde verkümmern, wenn sie sich im Bemühen um Gerechtigkeit auf der Verteilungsebene erschöpfte; sie muß sich ebenso um die sittlichen Voraussetzungen und Grundlagen des Produktionsbereichs kümmern, um qualifizierte Arbeit ebenso wie um die unerläßlichen Investitionen, ohne die Armut nicht zurückgedrängt werden kann.

### **Einige praktische Überlegungen**

1. Wer die Armut, wo immer und in welchen Formen auch immer sie auftritt, wirksam bekämpfen will, der muß im Interesse der armen Menschen den Kreis der von diesem Übel Betroffenen eingrenzen. Eine Generalisierung oder die immer weitere Ausdehnung der Armutsgrenze hilft den Armen nicht. Die Erfahrungen mit dem neuen Schwerbehindertengesetz sind hier ebenso lehrreich wie generelle Verschiebungen von Armutsgrenzen.

2. Das Sozialleistungssystem kann niemals so vollkommen sein, daß es jedem einzelnen Fall gerecht werden und Armut beseitigen könnte. Der Sozialstaat kann nicht die Nächstenliebe ersetzen. Neben den Leistungen der Sozialhilfe wird es auch in Zukunft ein breites Feld des persönlichen Engagements für Arme, auch der Tätigkeit der freien Träger der Wohlfahrtspflege geben.

3. Die wirksamste Hilfe für die Armen und die Sozialhilfeempfänger sind die Bemühungen, ihnen, wenn sie gesundheitlich dazu in der Lage sind, einen Arbeitsplatz zu vermitteln. Diese schwere Verpflichtung trifft nicht nur den Staat, sondern ebenso die Tarifpartner. Parolen wie „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich“ nutzen nur den Arbeitsplatzbesitzern, aber nicht denen, die keinen Arbeitsplatz haben.

4. Menschen, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben und, weil die Firma Konkurs anmelden muß, ohne eigenes Verschulden arbeitslos werden, sind kein Fall für die Sozialhilfe. Wer 30 oder 35 Jahre gearbeitet hat, der sollte im Falle der Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld erhalten. Auch der Beamte ist nach 35 Jahren pensionsberechtigt.

5. Der Familienlastenausgleich muß künftig so gestaltet werden, daß die Familie, solange die Phase der Pflege und Erziehung der Kinder währt, auch wenn nur ein Elternteil ein Einkommen erarbeitet, nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist, sondern mit den Entfaltungsmöglichkeiten des Großteils der Gesellschaft mithalten kann.

6. Wir müssen, wenn wir die Armut bei uns und im internationalen Bereich bekämpfen wollen, das partielle Denken zurückdrängen. Diejenigen, die in der Wirtschaft tätig sind, können sich nicht mit wirtschaftlichen Überlegungen und Argumenten begnügen, sie müssen zugleich sozial denken. Und diejenigen, die um die sozialen Nöte der Menschen besorgt sind, können sich ebensowenig damit zufriedengeben, nur „sozial“ zu denken, sie müssen zugleich wirtschaftlich denken. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang. Die eine darf nicht gegen die andere ausgespielt werden. Die Leidtragenden einseitiger Ideologien und Engagements wären die Armen.

## **Hinweis**

Es handelt sich um ein leicht gekürztes Manuskript des Vortrags, der auf der Sozialethiker-Tagung im Mai 1986 in Mönchengladbach gehalten wurde. Der volle Wortlaut mit den Anmerkungen erscheint im Berichtsband: Mönchengladbacher Gespräche, Band 8, „Armut im Wohlfahrtsstaat“, Verlag Bachem, Köln.

## **Zur Person des Verfassers**

Dr. theol., lic. phil. Anton Rauscher, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.